149/AB
vom 22.03.2018 zu 230/J (XXVI.GP)

An den
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

GZ. BMVIT-9.000/0005-I/PR3/2018
DVR:0000175

Wien, am . März 2018

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Leichtfried, Genossinnen und Genossen haben am 31. März 2018 unter der **Nr. 230/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend österreichische Ratspräsidentschaft 2018 gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Welche unter Ihre Federführung fallenden Gesetzgebungsverfahren sind im Rat derzeit noch offen?*

Offene *Gesetzgebungsverfahren im Rat:*

- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Neufassung)
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Sicherstellung des Wettbewerbs im Luftverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 868/2004
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2000/59/EG über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern

sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge

- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/59/EG über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr und der Richtlinie 2006/126/EG über den Führerschein
- Änderung des Übereinkommens über die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen (INTERBUS-Abkommen)
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 und der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 im Hinblick auf ihre Anpassung an die Entwicklungen im Kraftverkehrssektor
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 hinsichtlich der Mindestanforderungen in Bezug auf die maximalen täglichen und wöchentlichen Lenkzeiten, Mindestfahrtunterbrechungen sowie täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten und der Verordnung (EU) Nr. 165/2014 in Bezug auf die Positionsbestimmung mittels Fahrtenschreibern
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/22/EG bezüglich der Durchsetzungsanforderungen und zur Festlegung spezifischer Regeln im Zusammenhang mit der Richtlinie 96/71/EG und der Richtlinie 2014/67/EU für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor
- Vorschlag zur Änderung der Verordnung 2009/1073 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und die Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union

- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/106/EWG über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten
- Richtlinie über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation
- Verordnung zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK)
- Verordnung über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/58/EG (Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation)

Folgende Dossiers werden in den Bereichen FTI und Space im Rahmen der Österreichischen Präsidentschaft zur Behandlung im Rat erwartet:

- Dossier „Neuntes Forschungsrahmenprogramm 2021-2027“, Abschluss eines „Partial General Approach“ (Einigung auf Ratsebene) im Rat WBF (Forschung) im November 2018 angestrebt; die Zuständigkeit dafür liegt im BMWFB
- Fortsetzung des Copernicus-Programms zur Erdbeobachtung
- Fortsetzung des europäischen Satellitennavigationssystems (EGNSS/Galileo und EGNOS) und Weiterentwicklung der EGNSS Agentur (GSA)
- Programm zur Vertiefung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Gewährleistung einer sicheren und kosteneffektiven Satellitenkommunikation zwischen EU und nationalen Behörden, die für sicherheitskritische Missionen und Infrastrukturen zuständig sind (Govsatcom)
- Programm zur Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum und zur Überwachung des Weltraums (SST/SSA)
- Horizontale Verordnung, die für alle Programme relevante Themenbereiche umfasst (insbesondere Vergabewesen, Sicherheitskriterien) plus internationale Weltraumpolitik, Launchers

Zu Frage 2:

➢ *Welche inhaltlichen Schwerpunkte werden Sie in Ihrem Ressort im Detail setzen?*

Die österreichische Ratspräsidentschaft wird im Verkehrsbereich die Zielsetzung verfolgen, die Entwicklung von Transportsystemen voranzutreiben, die die Sicherstellung eines ausgewogenen Wettbewerbs gewährleisten, ein faires Niveau an Arbeits- und Sozialbedingungen im Transportsektor anstreben, die Sicherheit des Verkehrs weiter erhöhen und Beiträge zu einer nachhaltigen,

klimaverträglichen Mobilität leisten. Da eine leistungsfähige, moderne Infrastruktur die Grundlage für ein innovatives und effizientes Mobilitätssystem darstellt, wird Österreich auch der Revision des Transeuropäischen Verkehrsnetzes und in diesem Zusammenhang auch den korrespondierenden Finanzierungsvorschriften für die Infrastruktur besondere Aufmerksamkeit widmen.

In diesem Sinne wird Österreich im Bereich Landverkehr die Dossiers des Mobilitätspaketes weiter verfolgen. In Abhängigkeit der Fortschritte unter bulgarischer Präsidentschaft wird Österreich die Vorschläge der Kommission über Markt- und Berufszugang, Lenk- und Ruhezeiten, den Tachographen, die Kontrollen der Sozialvorschriften, der Entsendung im Transportsektor und die gemieteten Fahrzeuge behandeln und entsprechend des jeweiligen Entwicklungsstandes der einzelnen Dossiers danach trachten, in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament ausgewogene Lösungen für die europäischen BürgerInnen und Unternehmen im Sinne der eingangs genannten Zielsetzungen zu erzielen. Darüber hinaus werden die Diskussionen der Vorschläge der Kommission hinsichtlich der Neuregelung der Wegekosten, des elektronischen Mautdienstes EETS, der Förderung sauberer Fahrzeuge und des kombinierten Verkehrs Schwerpunkte der österreichischen Präsidentschaft darstellen, da diese wichtige Beiträge für eine ökoeffiziente und emissionsarme Mobilität leisten können.

Hinsichtlich der 2018 erwarteten Vorschläge der Kommission, die auf die Erhöhung der Verkehrssicherheit abzielen, wie etwa der Revisionen der Tunnel- und der LKW-Sicherheitsrichtlinie, beabsichtigt Österreich, signifikante Verhandlungsfortschritte zu erzielen, um rasch Beiträge zu einer weiteren Steigerung der Verkehrssicherheit in Europa entwickeln zu können.

Im Bereich Luftfahrt ist Österreich bestrebt, den Wettbewerbsstandort Europa zu stärken und wird in diesem Sinne insbesondere die Arbeiten an der Revision der Verordnung 886/2004 vorantreiben. Auch die Weiterentwicklung der Abkommen mit Drittstaaten wird ein wesentliches Element in diesem Zusammenhang darstellen. Im Bereich des Schienenverkehrs werden die Verhandlungen über die Passagierrechte von besonderem Interesse sein, im Bereich der Schifffahrt wird Österreich in Abhängigkeit der Vorlage der entsprechenden Vorschläge der Kommission den „mid term review“ zu NAIADES II sowie zur EMSA-Verordnung behandeln. Im Seeverkehr schließlich ist Österreich bestrebt, Verhandlungsfortschritte zu den erwarteten Dossiers betreffend Hafenauffangeinrichtungen sowie Ausbildung von bzw. Anerkennung der Zeugnisse für Seeleute zu erzielen.

So wie bereits unsere Trio-Partner Estland und Bulgarien wird sich auch die österreichische Ratspräsidentschaft vorrangig den Dossiers betreffend den digitalen Binnenmarkt widmen. Dabei werden wir versuchen, ausgewogene Kompromisse zu erarbeiten und dabei auch sicherzustellen, dass die entsprechenden Dossiers zukunftssicher sind und damit zur Förderung von Wachstum und Wettbewerb zum Vorteil der europäischen Bürger sowie der europäischen Wirtschaft beitragen. Die österreichische Präsidentschaft beabsichtigt, die Verhandlungen zur Reform des Rechtsrahmens für Telekommunikation nach Maßgabe der Fortschritte unter bulgarischem Ratsvorsitz zum Abschluss zu bringen. Das betrifft insbesondere die Richtlinie für einen europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation sowie die Verordnung zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK).

Überdies wird sich die österreichische Präsidentschaft proaktiv für zukunftssichere Regelungen zum Datenschutz im digitalen Umfeld, insbesondere im Rahmen der Arbeiten zur Verordnung über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation einsetzen. Dabei gilt es einerseits einen hohen Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation sicherzustellen und andererseits die Entwicklungsmöglichkeiten für innovative Dienste zu fördern.

Die österreichische Präsidentschaft wird auch bemüht sein, die Umsetzung der europäischen Zielsetzungen hin zu einer Gigabit-Gesellschaft und des 5G-Aktionsplans voranzutreiben.

Im Bereich Raumfahrt wird die österreichische Präsidentschaft dafür daraufhinwirken, dass sowohl die Kontinuität der Infrastruktur als auch die langfristige Zukunftsfähigkeit der Dienste bei Copernicus (Erdbeobachtung) und Galileo/EGNOS (Satellitennavigation) sichergestellt wird. Der Einsatz der Daten durch Nutzer und Markt sowie zusätzlicher Dienste insbesondere in den Bereichen Klimawandel und nachhaltige Entwicklung sowie Sicherheit und Verteidigung sollen zudem dazu beitragen, dass Europa neue Herausforderungen meistert. Die weiteren Themenschwerpunkte der Präsidentschaft betreffen das Erkennen von Gefahren aus dem Weltall (inklusive Weltraumschrott, Weltraumwetter und Beobachtung von erdnahen Objekten) und die vertiefte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Sicherstellung einer sicheren und kosteneffektiven Satellitenkommunikation zwischen der EU und den nationalen Behörden, die für sicherheitskritische Missionen und Infrastrukturen zuständig sind.

In den Dossiers „Einheitspatent und Einheitliches Patentgericht“ wird sich Österreich, das stets die Reform des Patentsystems in Europa mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes sowie eines dazugehörigen einheitlichen Patentgerichtes unterstützt und als erster Mitgliedstaat das Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht ratifiziert hat, während seines Vorsitzes stark darum bemühen, die Arbeiten zu einem Abschluss zu bringen und alle erforderlichen Maßnahmen für ein möglichst reibungsloses Inkrafttreten des Systems zu ergreifen.

Hinsichtlich der Zuständigkeitsbereiche des bmvit wird mein Ressort zudem auf erhöhte europäische Anstrengungen in Forschung und Technologieentwicklung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen setzen, um Potentiale aus Innovationen in Bereichen wie Informations- und Kommunikationstechnologien, Energie, Mobilität/Transport, Klima, Industrieentwicklung und Sicherheit optimal zu nutzen. Technologische Trends, wie z.B. künstliche Intelligenz, Blockchain oder Elektromobilität sollen neue Chancen für die europäische Wirtschaft eröffnen.

<u>Zu den Fragen 3 bis 7:</u>

- *Wie viele Bedienstete Ihres Ressorts (in VZÄ) sind mit der Vorbereitung der Ratspräsidentschaft derzeit befasst?*
- *Wie viele Planstellen werden auf Grund der Ratspräsidentschaft in Ihrem Ressort (Aufschlüsselung nach Dienststelle) zusätzlich besetzt?*
  a. *Wie viele davon wurden bereits besetzt?*
- *Wie viele Planstellen werden aufgrund der Ratspräsidentschaft in Brüssel zusätzlich besetzt?*
  a. *Wie viele davon wurden bereits zusätzlich besetzt?*
- *Wie viele BeamtInnen aus anderen Ländern werden im Rahmen der Ratspräsidentschaft entliehen?*
  a. *Im Falle einer Entlehnung, für welchen genauen Zeitraum gilt diese Entlehnung?*
  b. *Aus welchen Ländern stammen diese BeamtInnen?*
- *Wie viele der nun neu aufgenommenen Bediensteten wurden mit befristeten Verträgen angestellt?*

Bis zum 31. Jänner 2018 wurden für die Verwendung im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung und Aufarbeitung der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018 insgesamt 28 Bedienstete aufgenommen (davon 6 „SpezialistInnen“ im Höheren Dienst – v1, 19 Bedienstete im Höheren Dienst – v1 und 3 Bedienstete im Gehobenen Dienst – v2). Alle Sonderverträge wurden befristet abgeschlossen.

Eine detaillierte Auflistung ist aufgrund des Umfanges nicht möglich.

Es wurden keine BeamtInnen aus anderen Ländern im Rahmen der Ratspräsidentschaft entliehen.

Zu Frage 8:

- *Wie viele Koordinationstreffen mit der bulgarischen Präsidentschaft bzw. der Europäischen Kommission oder dem Generalsekretariat des Rates gab es seitens Ihres Ressorts bislang?*

Es fanden und finden beginnend mit den Verhandlungen über das Trioprogramm Estland/Bulgarien/Österreich kontinuierlich und auf allen Ebenen Gespräche und Abstimmungen mit Bulgarien, der Europäischen Kommission und dem Generalsekretariat des Rates statt.

Zu den Fragen 9 bis 17:

- *Welche Treffen/Tagungen/Veranstaltungen sind im Bereich Ihres Ressorts auf ministerieller Ebene an welchen Tagen mit wie vielen TeilnehmerInnen an welchem Ort geplant?*
- *Welche Treffen/Tagungen/Konferenzen/Veranstaltungen sind im Bereich Ihres Ressorts auf DirektorInnenebene an welchen Tagen an welchem Ort geplant?*
- *Welche Treffen/Tagungen/Konferenzen/Veranstaltungen sind im Bereich Ihres Ressorts auf BeamtInnenebene an welchen Tagen an welchem Ort geplant?*
- *Welche Treffen/Tagungen/Konferenzen/Veranstaltungen sind im Bereich Ihres Ressorts auf für die allgemeine Öffentlichkeit an welchen Tagen an welchem Ort geplant?*
- *Welche Lokalitäten sind für die jeweiligen oben genannten Treffen/Tagungen/Konferenzen/Veranstaltungen angemietet oder in Aussicht genommen worden?*
- *Welche Kosten sind für die jeweiligen Veranstaltungen budgetiert und wie verteilen sich diese Kosten auf die jeweiligen Ausgabenkategorien?*
- *Wie hoch ist der finanzielle Beitrag Ihres Ressorts zur dauerhaften Konferenzfazilität?*
- *Zu welchen Beeinträchtigungen der allgemeinen Öffentlichkeit (Verkehrsbehinderungen, Platzsperren, o.Ä.) wird es auf Grund der Aktivitäten Ihres Ressorts voraussichtlich kommen?*
- *Wie gewährleisten Sie die Sicherheit der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen Ihres Ressorts?*

Ich darf auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 225/J-NR/2018 durch den Herrn Bundeskanzler verweisen.

Zu Frage 18:

- *Welche sonstigen Informationstätigkeiten zur Europäischen Union sind Ihrerseits für die Bevölkerung geplant?*

Das Marketingkonzept für den informellen Verkehrs- und Umweltministerrat in Graz ist noch in Planung.

Im Rahmen der jeweiligen Veranstaltungswebsites sowie der Website der Österreichischen Ratspräsidentschaft wird aktiv zu den Inhalten der Veranstaltungen sowie zu Aktivitäten der Europäi-

schen Union im jeweiligen Schwerpunktbereich berichtet. Des Weiteren ist im Rahmen der Weltraumkonferenz die Herstellung und Verteilung kostenloser Informationsmaterialien zu den EU-Programmen Galileo und Copernicus angedacht.

Zu den Fragen 19 bis 22:

- *Welche Aufträge an externe DienstleisterInnen in Zusammenhang mit der Ratspräsidentschaft haben Sie bereits vergeben?*
- *Welche Aufträge an externe DienstleisterInnen in Zusammenhang mit der Ratspräsidentschaft planen Sie noch zu vergeben?*
- *Wie viele dieser Aufträge wurden bzw. werden ausgeschrieben?*
- *Wie viele Beratungsverträge in Zusammenhang mit der Ratspräsidentschaft haben Sie mit wem abgeschlossen?*

Der weitaus größte Anteil der Arbeiten wird hausintern durchgeführt, bzw. mit Unterstützung durch und in Kooperation mit Gesellschaften im Mehrheitsbesitz der Republik (FFG, AIT). Anbei eine Übersicht über nicht hausintern durchgeführte Arbeiten. Es handelt sich dabei um die Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Präsidentschaftsveranstaltungen.

Abwicklung durch die FFG:

- Treffen der Chairs der Joint Programming Initiativen
- Industrial Technologies 2018 - innovative industries for smart growth (INDTECH 2018)
- COST-CSO (Meeting des COST Committee of Senior Officials)
- Imagine Digital - Connect Europe (ICT 2018)

Abwicklung durch AIT:

- SET-Plan Konferenz 2018

Abwicklung durch Externe:

- RTI Policy in Service of Society: Impact at the Crossroads of Policy Design, Implementation and Evaluation, Kooperationspartner: Zentrum für Soziale Innovation
- Weiters wurden folgende Dienstleistungen vergeben:
- Location: Naturhistorisches Museum; Catering: Food Affairs
- Location und Catering: Palais Ferstl
- Location: Nationalbibliothek; Catering: Waldland

Es wurden verschiedene Angebote eingeholt.

geplant:

- Weltraumkonferenz, Kooperationspartner: SpaceTec

Zu den Fragen 23 und 24:

- *Wieviel haben Sie für die Ratspräsidentschaft insgesamt budgetär berücksichtigt?*
  a. *Wie viel davon entfällt auf Personalaufwendungen?*
  b. *Wie viele davon entfallen auf Übersetzungs-, bzw. Dolmetschleistungen?*
  c. *Wie viel davon entfallen auf Öffentlichkeitsarbeit?*
  d. *Wie viel davon entfallen auf das kulturelle Rahmenprogramm?*
- *In welchem Detailbudget werden die Kosten der Ratspräsidentschaft in Ihrem Ressort verbucht?*

Bis zur Beschlussfassung des BFG 2018/19 können diesbezüglich keine endgültigen Aussagen getroffen werden.

Zu Frage 25:

- *Welche Maßnahmen zur Einhaltung der Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit werden in Ihrem Ressort gesetzt?*

Alle Maßnahmen unterliegen gemäß geltendem Haushaltsrecht den Grundsätzen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ing. Norbert Hofer

Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	
bmvit Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	Datum	2018-03-22T12:59:05+01:00
	Seriennummer	1536119
Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT	
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at/	

REPUBLIK ÖSTERREICH Parlamentsdirektion SIEGEL	**Unterzeichner**	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2018-03-22T13:01:06+01:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel
Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt.	